Nr. 75. XVI. Jahrgang. Auflage 100000 täglich. Dienstag, 17. März 1908.

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Größte Auflage in Sachsen.

Anzeigen: Die einspaltige Kolonelzeile kostet für Dresden und Vororte .. Pf., für auswärts 20 Pf., für das Ausland 40 Pf. ... Die zweispaltige Reklamezeile für Dresden und Umgebung 1 Mk., für auswärts 1,50 Mk. Bei Wiederholungen und Jahresumsätzen Rabatt nach Tarif. Chiffregebühren 20 Pf. Inserate von auswärts werden nur gegen Vorausbezahlung aufgenommen. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht garantiert. Telephonische Aufgabe von Inseraten unzulässig. Unsre Dresdner und auswärtigen Annahmestellen, sowie sämtliche Annoncen-Expeditionen im In- und Ausland nehmen Inserate zu Originalpreisen und -rabatten an.

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4.
Fernsprecher: Redaktion Nr. 3897. Expedition Nr. 4571, Verlag 542.

Abonnement: In Dresden und Vororten monatlich 60 Pf., pro Quartal 1,80 Mk. frei Haus, durch unsre Provinz-Filialen monatlich 65 Pf., pro Quartal 1,95 Mk. frei Haus. Mit der Beilage „Illustrierte Neueste" 10 Pf. oder mit der Beilage „Dresdner Fliegende Blätter" 15 Pf. pro Monat mehr. Postbezug in Deutschland und den deutschen Kolonien: Ausg. A mit „Illustr. Neueste" monatl. 79 Pf., pro Quart. 2,36 Mk. „ B ohne Illustr. Beilage „ 69 „ „ „ 2,06 „. In Oesterreich-Ungarn: Ausg. A mit „Illustr. Neueste" monatl. 1,53 Kr., pro Quart. 4,60 Kr. Ausg. B ohne Illustr. Beilage 1,46 „ 4,38 „. Nach dem Auslande per Kreuzb. pr. Woche 1 Mk. Einz. Numm. 10 Pf.

Diese Nummer umfaßt 14 Seiten. Roman siehe Seiten 11 und 1?.

Die Kolonialdebatten.

Am Dienstag beginnen im Reichstage die Verhandlungen über den Etat des Kolonialamts, voraussichtlich in Verbindung mit der ersten Lesung der soeben an die Oeffentlichkeit gelangten kolonialen Eisenbahnvorlage. Es wird hierbei aller Voraussicht nach heiß hergehen. Von einer Schonzeit für Dernburg im Parlament konnte von Anfang an keine Rede sein. Gleich sein erstes Auftreten im Reichstage führte zu einem Zusammenstoß mit den Gegnern der Kolonialpolitik und seitdem häuften sich seine Streitigkeiten mit Zentrum und Sozialdemokratie, um es zu der großen Explosion am 13. Dezember 1906 zu führen. In der vorigen Tagung herrschte dann allerdings eine Art Gottesfrieden zwischen diesen Parteien und Herrn Dernburg. Sie hatten sich bei den Wahlen die Finger verbrannt und keine rechte Angriffslust mehr. Wenn jetzt Staatssekretär Dernburg zum erstenmal vor dem Reichstag den Etat des Reichskolonialamts vertreten wird, dann ist zwar wieder das Losbrechen eines kleinen Sturmes zu erwarten. Aber diesmal wird er doch zunächst aus ganz andern Ecken wehen als früher. Gerade diejenigen, die sich als die eifrigsten Kolonialenthusiasten aufspielen, werden nun als die lautesten Rufer im Streit gegen Dernburg und dessen neues Kolonialprogramm auftreten. Die Semler, Paltmann, Arendt, Liebert, und wie sie sonst noch heißen, werden in ihrem Kassandratone das Ende unsrer Kolonialherrlichkeit verkünden, falls Dernburgs Gedanken der Eingeborenenpolitik, über die Notwendigkeit einer zarten, rücksichtsvollen Behandlung der Neger, über die Wertschätzung der indischen Zwischenhändler in Deutsch-Ostafrika und ähnliche Ansichten zum Siege gelangen sollten. Aber gerade dieses von den Vorkämpfern der Kolonialpolitik so heftig angefochtene Programm Dernburgs erfreut sich des lebhaftesten Beifalls auf seiten des Zentrums und selbst die Sozialdemokraten lassen es sich gefallen. So wird es bei den bevorstehenden Kolonialdebatten, soweit sie sich um Dernburgs Auffassung von der Behandlung der Neger drehen werden, das merkwürdige Schauspiel erleben, den Staatssekretär Arm in Arm mit Erzberger und Ledebour, denen sich auch der Freisinnige Ablaß anschließen dürfte, gegen Rechte und Nationalliberale kämpfen zu sehen.

Freilich wird sich dieses Bild sehr schnell ändern, wenn die 150-Millionen-Forderung Dernburgs für Kolonialbahnen in Frage kommen wird. Wie ungünstig der Zeitpunkt hierfür gewählt ist, wird der derzeitige Finanzmann selbst am besten wissen. Nachdem eben erst die Beamtenbesoldungsreformen mit dem kalten Hinweise auf den leeren Reichssäckel auf den nächsten Winter hinausgeschoben worden sind, hat die Opposition gegen diese Eisenbahnpläne leichtes Spiel. Allerdings handelt es sich nur um eine auf 10 Jahre verteilte Anleihe der Kolonien selbst, die angeblich ihrerseits imstande sein würden, die Verzinsung ohne Erhöhung des Reichszuschusses aufzubringen. Aber das Reich hat natürlich die volle Zinsgarantie zu übernehmen und damit zu rechnen, daß es auch die vollen Zinsen selbst zu zahlen hat, wenn die von den neuen Bahnbauten erwarteten wirtschaftlichen Vorteile nicht oder nicht schnell genug sich einstellen sollten. Dazu kommt, daß die Meinungen und Wünsche wegen der Führung der einzelnen Strecken auch in Kolonialkreisen weit auseinandergehen und sich beispielsweise in Ostafrika die Anhänger der Nordbahn, der Zentralbahn und der Südbahn aufs schärfste bekämpfen. Natürlich werden diese tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten auch bei den bevorstehenden Reichstagsdebatten zum Ausdruck gelangen. Die grundsätzliche Opposition gegen jede Erweiterung der kolonialen Verkehrsstraßen dürfte sich allerdings auf die sozialdemokratische Partei beschränken. Auch Zentrum und Freisinnige verschließen sich nicht länger der Erkenntnis, daß der Bau von Eisenbahnen eine unbedingte Notwendigkeit für unsre Schutzgebiete in militärischer und wirtschaftlicher Hinsicht ist. Aber leicht wird es dem Staatssekretär Dernburg trotzdem nicht sein, die Vorlagen durchzubringen.

Der kranke Kapellmeister.

Die Wahlrechtsdeputation des sächsischen Landtages ist nach ihrer so überaus erfolgreichen Tätigkeit zurzeit gänzlich eingeschlummert. Die Frist bis zu ihrem Wiederzusammentreten soll angeblich zu Verhandlungen zwischen den einzelnen Parteien und zur Abfassung des konservativen Vermittlungsantrages Kühlmorgen benutzt werden. Dieser Antrag will bekanntlich die Wahl eines Teils der Abgeordneten durch die Bezirksverbände auf ein Drittel bez. ein Viertel beschränken, statt, wie der Regierungsentwurf vorschlägt, auf die Hälfte der Abgeordneten. Im übrigen sind die Zeichendeuter und Propheten eifrig an der Arbeit und es geht ihnen allen wie Goethes Faust: daß sie in all dem Wirrwarr nichts wissen können, will ihnen schier das Herz verbrennen, und so saugen sie sich denn allerlei mehr oder weniger interessante Erfindungen aus den Fingern. Dabei sehen die Zeichendeuter in der Presse, je nach Temperament und Neigung, wie nach ihrer Parteistellung die Zukunft bald in den allerschwärzesten Farben, bald hoffen sie mit unerschütterlicher Zuversicht, daß noch alles gut werden und das Wahlrecht, das es allen recht machen soll, noch gefunden werden wird. Man möchte die Glücklichen um diesen fröhlichen Optimismus fast beneiden. Sehr bemerkenswert, ja verdächtig ist es dabei, daß diese optimistische Auffassung sich jetzt gerade in Blättern agrarkonservativer Richtung zeigt. Es wird von dieser Seite jetzt eifrig kolportiert, die Nationalliberalen seien bereit, sich mit der Beibehaltung der Scheidung der Wahlkreise nach Stadt und Land einverstanden zu erklären, wenn dafür das von ihnen vorgeschlagene gemäßigte Pluralwahlrecht, mit einer Zusatzstimme, angenommen würde. Dabei würde aber, ganz abgesehen davon, daß das erste Zugeständnis allen bisherigen liberalen Grundsätzen widersprechen würde, noch immer die Forderung der Regierung nach Wahl eines Teils der Abgeordneten durch die Bezirksverbände, sei es nun in der ursprünglichen, von der Regierung gewünschten Form, sei es in Gestalt des Antrages Kühlmorgen, ungelöst bleiben.

Was nun die letzthin vielerwähnte Umänderung dieser Wahlen in sogenannte Körperschaftswahlen (Landeskulturrat, Handels- und Gewerbekammern als Wahlkörper) anbetrifft, mit welcher Umwandlung die Regierung sich angeblich einverstanden erklärt haben soll, so würde diese Umänderung in Wahrheit nichts andres bedeuten, als eine Rückkehr zum berufsständischen Wahlrecht, wie es das Dekret des Staatsministers von Metzsch vom 31. Dezember 1903 vorschlug. Das Dekret wurde damals von allen Parteien des Landtages einstimmig abgelehnt. Es ist also kaum zu verstehen, daß man heute wieder darauf zurückkommen sollte. In jenem Dekret hieß es bekanntlich unter B, „die berufsständischen Wahlen werden (in der oben angegebenen Weise) von den Unternehmern der drei Hauptproduktivstände vollzogen", und zwar 15 Abgeordnete, von denjenigen, die die Wahlberechtigung zum Landeskulturrat besitzen, 10 von den zur Teilnahme an den Handelskammerwahlen Berechtigten und weitere 10 von den Abgeordneten des Kleinhandels, Handwerks und Kleingewerbes. Dieser Vorschlag, wenn er wirklich gemacht sein sollte, ist also absolut nichts Neues, und es ist, wie gesagt, kaum verständlich, wie er jetzt zur Erleichterung der Situation beitragen sollte.

Es geht im Gegenteil auch hieraus nur das eine hervor, daß die Situation fortgesetzt so unklar und verworren wie möglich ist. Als begreifliche Folge der verwerflichen Heimlichtuerei in der Deputation und der Behandlung der Wahlrechtsfrage im Plenum der Zweiten Kammer schwirren denn auch die Sensationsnachrichten nur so durch die Luft. So schreibt ein Chemnitzer nationalliberales Blatt in seiner Sonntagsnummer:

„Die Haltung der nationalliberalen Fraktion der Zweiten Ständekammer in der Wahlreformfrage hat, wie wir hören, durch die jüngsten Vorgänge in der Deputation und im Plenum keine Aenderung erfahren. Die Fraktion fordert nach wie vor ein einheitliches Wahlrecht. Auch die größere Hälfte der Konservativen ist gutem Vernehmen nach bereit, die Einheitlichkeit des Wahlrechts mit Zusatzstimmen in Vorschlag zu bringen. Jedenfalls kann die Regierungsvorlage, namentlich soweit sie teilweise Wahl durch Kommunalverbände fordert, als endgültig gescheitert gelten. Geh. Hofrat Dr. Mehnert, der sich in der konservativen Fraktion lebhaft und mit der ganzen Wucht seines Einflusses für die Vorschläge der Regierung einsetzte, soll sich über das Mißlingen seiner Bemühungen so sehr aufgeregt haben, daß er gleich dem Minister Grafen Hohenthal erkrankt ist."

Der erste Passus dieser Meldung mag wohl zutreffen, denn es ist hinlänglich bekannt, daß in der Wahlrechtsfrage die nationalliberale Partei in sich so wenig einig ist wie die Konservativen. Der melodramatische Schluß dagegen, der dieser Mitteilung angeheftet ist, klingt im höchsten Grade komisch und wird wohl wenig Gutgläubige finden. Herr Mehnert als geborstener und zusammengebrochener Kämpfer für die Regierungsvorlage in der Deputation! Dies Bild hatte eigentlich nur noch gefehlt, um die Tragikomik der Situation auf den Gipfel zu führen. Daß der Präsident der Zweiten Kammer „verschnupft" ist und an Influenza leidet, wie es tatsächlich der Fall sein soll, ist begreiflich. Das Wetter, allgemein wie auch politisch gesprochen, ist ja, besonders seit der stürmischen Tribünenräumung am letzten Mittwoch, tatsächlich außerordentlich windig.

Aber wie stimmt es mit dieser Mutmaßung des Chemnitzer Blattes überein, daß plötzlich gerade die agrarkonservativen Blätter sich in lieblichen Hoffnungen wiegen und eitel Zuversicht auf einen glücklichen Ausgang sind?

Aus dem ganzen Wirrwarr ist jedenfalls nur das eine klar ersichtlich, daß die ganze Kammermusik stark aus dem Takt geraten ist und daß der Kapellmeister, der sonst das Orchester mit den berühmten agrarischen Holzbläsern so meisterhaft zu dirigieren wußte, mit den neuen Noten selbst nicht mehr weiß, wo aus noch ein. So schweigen denn im Augenblicke alle Flöten, die Deputation ging vorläufig auseinander. Und das ist schließlich auch das beste. Denn die politischen Mißtöne, die hinter der so sorgfältig verschlossenen Tür hervordrangen, waren wirklich kaum mehr zu ertragen.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Reichsausschuß für das ärztliche Fortbildungswesen. Gestern Sonntag vollzog sich in Berlin ein für die Bestrebungen des ärztlichen Fortbildungswesens wichtiger Vorgang. Auf Anregung des Zentralkomitees für das ärztliche Fortbildungswesen in Preußen fand in einer Sitzung im Kaiserin-Friedrich-Hause ein Zusammenschluß der in den einzelnen Bundesstaaten schon vorhandenen Landeskomitees zu einem „Reichsausschuß für das ärztliche Fortbildungswesen" statt. Die Sitzung wurde von dem früheren Ministerialdirektor Althoff geleitet. Eine besondere Bedeutung erlangte die Konstituierung des Reichsausschusses dadurch, daß sie unter Förderung und persönlicher Beteiligung der höchsten Beamten des Reiches vor sich ging. Der Reichskanzler Fürst Bülow hat sich bereit erklärt, das Ehrenpräsidium des „Reichsausschusses" zu übernehmen und empfing unmittelbar nach der Sitzung die Mitglieder des Reichsausschusses in besonderer Audienz. Der Staatssekretär des Innern v. Bethmann-Hollweg hatte den Direktor im Reichsamt des Innern v. Jonquières mit seiner persönlichen Vertretung betraut und ferner als amtliche Vertreter des Reichsamtes des Innern zum „Reichsausschusse" abgeordnet: Geh. Reg.-Rat Dammann, Direktor im Kaiserl. Gesundheitsamte, Geh. Reg.-Rat Dr. Wutzdorff, Senatsvorsitzenden im Reichsversicherungsamte, Geh. Reg.-Rat Dr. Hilinge. Nach dem Statut, dessen Entwurf in der Sitzung zum Beschluß erhoben wurde, verfolgt der „Reichsausschuß" die Aufgabe, das ärztliche Fortbildungswesen möglichst zu fördern, indem er zu diesem Zwecke namentlich: a) den Landeskomitees mit Rat und Tat zur Seite steht, b) auf die Bildung von weiteren Landeskomitees und, wo dies nicht erreichbar ist, von lokalen Vereinigungen für die Veranstaltung von Kursen und Vorträgen hinwirkt, c) das auf das ärztliche Fortbildungswesen bezügliche Material sammelt und bearbeitet, um als Auskunftsstelle für alle hierbei in Betracht kommenden Fragen zu dienen. — In den Ehrenvorstand wurden gewählt: als Präsident der Reichskanzler Fürst Bülow; als Mitglieder Herzog Karl Theodor von Bayern, der Staatssekretär des Inneren v. Bethmann-Hollweg, Wirkl. Geh. Rat Althoff, Generalstabsarzt der Armee Dr. Schjerning, Wirkl. Geh. Rat Robert Koch und der Vorsitzende des „Deutschen Aerztevereinsbundes" Prof. Dr. Löbker. Den Vorstand bilden die Herren: als Vorsitzender Geh. Med.-Rat Prof. Dr. v. Renvers-Berlin; als stellvertretender Vorsitzender Kgl. Geh. Rat Prof. Dr. v. Angerer-München; als Beisitzer Geh. Rat Präsident Buschbeck-Dresden, Ober-Med.-Rat Dr. Greiff-Karlsruhe, Präsident v. Nestle-Stuttgart, Geh. Med.-Rat Prof. Dr. Waldeyer-Berlin; als Generalsekretär Prof. Dr. R. Kutner-Berlin. Dem Kaiser wurde von der erfolgten Konstituierung des „Reichsausschusses" durch Telegramm Mitteilung gemacht.

Die Anfänge des modernen Luxus.

Nachdruck verboten.

Die Bildung großer nationaler Staatswesen unter einer straffen, sich immer mehr befestigenden staatlichen Gewalt im Zeitalter Ludwigs XIV., [illegible] für die Umgestaltung und Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse von einschneidender und sichtbarer Bedeutung ward, behandelt Prof. Martin Philippson in einem besonders fesselnden Abschnitt des neuen Bandes von „Ullsteins Weltgeschichte", der in den nächsten Wochen erscheinen wird. Wir entnehmen der Schilderung der wirtschaftlichen Entwicklung im Jahrhundert des „Königs Sonne" die nachstehenden Ausführungen, in denen die Verfeinerung und bequemere Gestaltung des Lebens durch die Anfänge des „modernen Komforts" und die Einführung neuer Genußmittel dargestellt wird.

Von den Regierungen sorgfältig behütet, wuchsen Zivilisation und Verkehr, und mit diesen Wohlstand und Behaglichkeit des täglichen Lebens. Die Sänften, die in Italien am Ende des 16. Jahrhunderts aufgekommen waren, verbreiteten sich über ganz Europa. Zuerst war das Volk sehr entrüstet, daß ein Mensch andre als Lasttiere benutze; allein nach wenigen Jahrzehnten waren die Tragsessel im allgemeinen Gebrauche. Aber auch die Kutschen, zuerst ausschließlich von den Vornehmen benutzt, wurden weiteren Kreisen zugänglich. 1636 gab es in London und dessen Vororten 6000 Kutschen, darunter viele Mietwagen; 1660 standen dort 800 Droschken an den Straßenecken zur Verfügung des Publikums. Um diese Zeit wurden die Wagen zum ersten Male mit Glasfenstern ausgerüstet. Reisen brauchten nicht mehr wie früher zu Fuß oder im Sattel oder auch in Sänften unternommen zu werden; wenigstens in Westeuropa wurden immer mehr die Postwagen eingezogen. Freilich gingen sie sehr langsam; die Post von London nach Oxford, die jetzt in 1½ Stunde zurückgelegt wird, dauerte 1662 zwei Tage, die von London nach York, jetzt vier Stunden, damals vier Tage.

Neben der Personen- entwickelte sich auch die Briefpost, und zwar in viel schnellerem Tempo, da das Bedürfnis ein weit größeres und umfassenderes war. In England hatte König Karl I. die Post zu einer königlichen Anstalt gemacht, die er übrigens für 5?00 Pfund Sterling verpachtete. In Frankreich war die Staatspost schon aus dem 15. Jahrhundert; unter Ludwig XIV. wurde Louvois ihr Chef, der sie aber, ebenso wie es in England geschah, verpachtete; die Höhe der Pachtsumme, 220 000 Taler, zeigt die Bedeutung der Anstalt. In den spanischen Ländern und im Deutschen Reiche stand die Post unter der erblichen Verwaltung des Hauses Thurn und Taxis. Aber für Brandenburg-Preußen befreite sich der Große Kurfürst von diesem Zwange und richtete eine eigene Post ein, deren Kurse sich von Warschau aus über das gesamte nördliche Deutschland, von Memel und Königsberg bis nach Hamburg, Bremen, Emden und Kleve, dann bis Leipzig und Breslau erstreckten; Berlin bildete ihren Mittelpunkt. Von Warschau nach Königsberg gebrauchte sie nur zwei, von dort nach Berlin fünf Tage. Von Berlin nach Wien ging sie in sechs Tagen, während bisher vierzehn Tage dazu erforderlich gewesen waren ...

Man erhob größere Forderungen an Reinlichkeit der Straßen in den Städten. In Wien, Paris, London wurden solche regelmäßig von Kot und Unrat gesäubert; für Berlin erzwang es der Große Kurfürst durch wiederholte Befehle. Auch die öffentliche Beleuchtung verallgemeinerte sich immer mehr, seit 1682 erhellte man die Berliner Straßen durch Laternen, die auf Pfählen angebracht waren. Allmählich entstanden Einrichtungen zum Löschen von Bränden: Zimmerleute, Schmiede und Schornsteinfeger wurden regelmäßig zur Feuerwehr herangezogen, und zwar um so mehr, als die Häuser in den großen Städten bereits eine Höhe von vier bis sechs Stockwerken erreichten, ohne das Dach, das auch Zimmer enthielt. Fenster mit Glasscheiben waren bis ins 17. Jahrhundert in Italien, mit Ausnahme Venedigs, noch wenig gebräuchlich und wurden durch ausgespanntes Leinen, Zeug oder Papier ersetzt, während man sie in Deutschland, England und Frankreich schon allgemein verwandte. Es hängt das mit der größeren Sorgfalt des Nordens für die Behaglichkeit und Schönheit des eigenen Heims zusammen. Dagegen war der Gebrauch der Gabeln beim Essen in Italien schon während des 16. Jahrhunderts bekannt — im Norden der Alpen bediente man sich hierfür noch immer der Finger bis tief in das 17. Säkulum hinein, wo erst allmählich die Gabel den Sieg davontrug ...

Durch die kommerziellen Beziehungen zu den überseeischen, zumal den tropischen Gegenden wurde jedes der schiffahrttreibenden Länder Europas der Markt für die Erzeugnisse seiner Kolonien. Eine Menge bisher unbekannter Genüsse und Nahrungsmittel wurde in unsern Erdteil eingeführt. Der Kaffee, vom äthiopischen Hochlande, seiner Heimat, im 12. oder 13. Jahrhundert nach Arabien verpflanzt, kam im 16. nach Konstantinopel, erst um die Mitte des 17. nach Europa, und zwar nach England, wo er zunächst in London im Jahre 1652 öffentlich verkauft wurde. Der Geschmack an dem würzigen und anregenden Getränke verbreitete sich schnell in der britischen Hauptstadt. Kaffeehäuser entstanden, die die Versammlungsorte der eleganten, literarischen, gelehrten und politischen Welt, eine Macht im damaligen öffentlichen Leben wurden. Einige von ihnen enthielten sogar naturwissenschaftliche Sammlungen. Erst zwei Jahrzehnte später wurden Kaffeehäuser in Frankreich eröffnet, 1671 in Marseille, 1672 in Paris. Unter dem lebhaften und geselligen französischen Volke fand die Sitte schnell Anklang; die Hauptstadt zählte bald dreihundert Kaffeehäuser, wo einheimische und fremde Zeitungen auslagen, Literatur, Kunst, Tagesklatsch und selbst Politik mit großer Freiheit besprochen wurden, meist in oppositioneller, neuerungssüchtiger Färbung. Es durfte dort nicht geraucht werden und es herrschte in ihnen allen der Ton der guten Gesellschaft. Das erste Kaffeehaus Deutschlands entstand 1680 in Hamburg. Auch Italien und Holland ahmten diese Einrichtung nach, die aber nirgends solchen sozialen Einfluß ausübte wie in England und Frankreich. Nationalgetränk wurde der Kaffee für die Deutschen erst im Laufe des 18. Jahrhunderts. So sehr auch die Merkantilisten dagegen eiferten, daß für den Kaffee ungeheure Mengen Geldes ins Ausland gingen, — er hat am meisten dazu beigetragen, daß der aus dem Mittelalter überkommene und noch im 17. Jahrhundert bis in die höchsten Kreise gepflegte Brauch des maßlosen Trinkens von Bier und Wein zu allen Tageszeiten allmählich verdrängt wurde. Sein Genuß hat verfeinernd und versittlichend auf die Deutschen gewirkt.

Langsamer bürgerte der Tee sich in Europa ein. Schon am Ende des 16. Säkulums hatten ihn Portugiesen und Engländer dorthin gebracht, indes er ward zunächst nur als Arznei gebraucht. Die gesamte Tee-einfuhr in England betrug noch 1668 nur hundert Pfund; er kostete im Jahre 1660 freilich 6—10 Livres Sterling das Pfund (nach heutigem Geldwerte 360 bis 600 Mk.), 1667 noch 16—50 Schillinge (48—150 Mk.). Erst nach Ende unsres Zeitraumes ist er allgemeines Getränk, auch der Aermsten geworden, zuerst im eigentlichen England, dann in Schottland.

Den Genuß der Schokolade führten die Spanier aus Mexiko ein, wo die Eingeborenen sich aus Kakaobohnen, vermischt mit Weizenmehl und Vanille, ein Getränk bereiteten, das sie Chokolatl nannten. Im 17. Jahrhundert bürgerte sie sich schnell in den vornehmen Klassen der romanischen Nation ein, in Italien aber ward sie zum Volksgetränk. In Frankreich erhielt man sie in den Kaffeehäusern, während in England, wo man sie noch 1687 nur vom Hörensagen gekannt hatte, gegen Ende des 17. Jahrhunderts besondere Schokoladenhäuser entstanden, die luxuriös eingerichtet waren und wo Stutzer und galante Damen zu dem würzigen Getränk noch ein Glas Zimtwasser schlürften. Deutschland verbrauchte wenig Tee, fast gar keine Schokolade.

Ein andres Reizmittel, allerdings überwiegend für die Männerwelt, wurde der Tabak. Aus Brasilien über Portugal nach Frankreich und Italien eingeführt, galt er in diesen beiden letzteren Ländern zunächst nur als Heilmittel. Anders in England, wohin ihn seit 1585 Drake, Raleigh und Lanes gebracht hatten, und wo bereits im 17. Jahrhundert von allen Klassen der Bevölkerung mit wahrer Leidenschaft geraucht wurde; selbst die Verbrecher rauchten auf dem Wege zum Galgen. Auch Damen frönten dieser Sitte; die feinen Stutzer boten ihnen zur Zeit der Stuartschen Restauration (1660—1688) im Theater Tonpfeifen an, die jene während der Zwischenakte mit den Herren um die Wette rauchten. Ebenso entzündeten die Damen nach dem Diner das duftende Kraut. Ja, die Mütter gaben davon ihren Kindern, die man öffentlich mit der Pfeife im Munde erblickte; anstatt des Frühstücks erhielten sie oft eine Pfeife voll Tabak mit in die Schule. Tabaksladen waren in den meisten Städten Englands so häufig wie die Bierkneipen.

In Italien und Frankreich setzte sich der Gebrauch des Tabaks erst im 17. Jahrhundert fest, und zwar zunächst in der Form des Schnupfens; in beiden Ländern rauchten nur die untersten Volksklassen. Die Vorherrschaft des französischen Wesens während der Zeit Ludwigs XIV. verdrängte endlich auch in England allmählich das Rauchen aus der guten Gesellschaft und führte dort die bei Herren und Damen gleich beliebte Schnupftabakdose ein. Letztere gewann seit 1650 Eingang in Spanien, wo das Rauchen erst im Beginn des vorigen Jahrhunderts allgemein geworden ist. In Deutschland haben Tabak und Tonpfeife von Holland her ihren Einzug gehalten, und zwar zur Zeit des Dreißigjährigen Krieges. Die Regierungen, die sich lange hindurch einem Genußmittel feindlich gezeigt hatten, für das, anscheinend nutzlos, viel Geld außer Landes ging, fanden sich allmählich mit der Tatsache ab, daß sie seiner nicht Meister werden konnten. Da begannen sie es selber

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19080317/1